

Inhaltsverzeichnis

1. Teil. Vertragliche Haftung

§ 1. Der Fehler – Der Mangel

	Rz.
I. Im Kaufrecht	
1. Der Fehlerbegriff	2
2. Das Erfordernis der Beschaffenheitsabweichung	6
3. Spezieskauf – Gattungskauf	24
4. Der maßgebende Zeitpunkt	26
5. Die Verteilung der Beweislast	28
6. Einzelfälle	34
II. Im Werkvertragsrecht	
1. Der Mangel, insbesondere der Fehler	41
2. Maßgeblicher Zeitpunkt	45
3. Beweislast	46
 § 2. Die Haftung für Eigenschaftszusicherung beim Kauf- und Werkvertrag	
I. Allgemeines	
1. Das Verhältnis zur Fehlerhaftung gemäß § 459 Abs. 1 BGB	1
2. Der Grundtatbestand der verschuldensunabhängigen Einstandspflicht	3
II. Das Vorliegen einer Eigenschaft	
1. Der Begriff	4
2. Erforderliche Abgrenzung	5
3. Einzelfälle	7
III. Die Zusicherungserklärung im Kaufrecht	
1. Allgemeine Erwägungen	11
2. Das Vorliegen einer ausdrücklichen Zusicherung	13
3. Reklamehafte Anpreisungen	15
4. Abgrenzung: Beschaffenheitsvereinbarung gemäß § 459 Abs. 1 BGB – Eigenschaftszusicherung gemäß § 459 Abs. 2 BGB: Stillschweigende Eigenschaftszusicherung	17
5. Gesetzliche Fälle der Zusicherungshaftung	34
6. Einzelfälle	40
7. Der maßgebende Zeitpunkt	41
8. Formerfordernisse	42
9. Zusicherungen beim Gattungskauf	44
IV. Die Eigenschaftszusicherung im Werkvertrag	
1. Beschaffenheitsvereinbarung – Eigenschaftszusicherung	46
2. Die stillschweigende Eigenschaftszusicherung	48
V. Die Haftung auf Schadensersatz wegen Nichterfüllung	
1. Die Erstreckung der Zusicherung auf die Vertragsgemäßheit	52
2. Die Erstreckung der Zusicherung auf das Risiko etwaiger Mangelfolgeschäden	54
3. Ersatz von Mangelfolgeschäden bei Erstreckung der Zusicherung nur auf die Vertragsgemäßheit der Lieferung	57
4. Berechnung des Schadensersatzanspruchs	58
5. Die Eigenschaftszusicherung beim Gattungskauf gemäß § 480 Abs. 2 BGB	69
6. Die Schadensersatzhaftung gemäß § 635 BGB	70

Inhaltsverzeichnis

	Rz.
§ 3. Die Gewährleistungsansprüche	
I. Der Mangelbeseitigungsanspruch	
1. Das Vorliegen eines Kauf- oder Werkvertrages	1
2. Das Vorliegen eines Sachmangels	3
3. Die Vereinbarung des Nachbesserungsanspruchs anstelle von Wandelung oder Minderung	4
4. Der Umfang der Aufwendungen	10
5. Schadensersatzansprüche im Zusammenhang mit der Mangelbeseitigung	18
6. Aufwendungsersatzansprüche – § 633 Abs. 3 BGB	21
II. Der Verbotstatbestand von § 11 Nr. 10c AGBG	
1. Im nicht-kaufmännischen Bereich	24
2. Im kaufmännischen Bereich	25
III. Der Anspruch auf Wandelung und Minderung	27
IV. Das „Fehlschlagen“ der Mangelbeseitigung – Verbotstatbestand von § 11 Nr. 10c AGBG	
1. Der Verbotstatbestand von § 11 Nr. 10b AGBG	28
2. Im kaufmännischen Bereich	36
§ 4. Ansprüche wegen Schlechtlieferung – positive Vertragsverletzung – Mangelfolgeschaden – Verschulden bei Vertragsabschluß – Beratungsvertrag	
I. Im Bereich des Kaufvertrages	
1. Der Grundsatz der Schlechterfüllung	1
2. Vorrang der Gewährleistungsbestimmungen	2
3. Hersteller – Zulieferant – Händler	3
4. Mangelschaden – Mangelfolgeschaden: Abgrenzung	11
5. Die Verletzung von Nebenpflichten	19
6. Die Verteilung der Beweislast	35
II. Im Bereich des Werkvertrages	
1. Der Schadensersatzanspruch gemäß § 635 BGB	43
2. Beispieldfälle für Schadensersatzansprüche gemäß § 635 BGB	46
3. Mangelfolgeschäden – Ansprüche aus positiver Vertragsverletzung	53
4. Schadensersatzansprüche aus positiver Vertragsverletzung – Verletzung einer Nebenpflicht	55
III. Verschulden bei Vertragsabschluß	
1. Abgrenzung gegenüber §§ 459ff. BGB	61
2. Die Verletzung von Aufklärungspflichten	69
3. Die Beweislast	78
4. Der Schadensumfang	80
IV. Der Beratungsvertrag	
1. Die Ausgangslage	81
2. Der stillschweigend geschlossene Beratungsvertrag	82
3. Vertragsähnliche Vertrauenschaftung	84
4. Schutzzweck der Norm	86
5. Beweislast	87
6. Freizeichnung	88
7. Verjährung	89
§ 5. Die Anspruchsverjährung	
I. Die kaufrechtliche Norm des § 477 BGB	
1. Der Anwendungsbereich	1
2. Die Berechnung der Verjährungsfrist	9
3. Die Wirkung der Verjährung	21

Inhaltsverzeichnis

	Rz.
II. Die werkvertragliche Norm des § 638 BGB	
1. Der Anwendungsbereich	22
2. Die Berechnung der Frist	27
3. Wirkung der Verjährung	32
III. Die Regelfrist des § 195 BGB	
1. Bei Ansprüchen aus positiver Vertragsverletzung	35
2. Bei Ansprüchen wegen Verschulden bei Vertragsabschluß	36
3. Bei Bestehen eines Beratungsvertrages	37
§ 6. Arglistiges Verschweigen und arglistiges Vorspiegeln von Eigenschaften gemäß § 463 Satz 2 BGB	
I. Der Begriff der Arglist	1
II. Arglistiges Verschweigen eines Fehlers	2
III. Arglistiges Vorspiegeln von Eigenschaften	3
IV. Beweislast	5
V. Die Nichtigkeit des Gewährleistungsausschlusses bei Arglist – § 476 BGB	6
§ 7. Die Haftung aufgrund einer Garantie	
I. Begriffliche Voraussetzungen einer Garantie	2
II. Die Garantieerklärung des Verkäufers	
1. Der selbständige Garantievertrag	3
2. Die Haltbarkeitsgarantie	7
III. Die Garantieerklärung des Werkunternehmers	
1. Zusicherungserklärung – unselbständige Garantie – selbständige Garantie	17
2. Einzelfälle: Unselbständige – selbständige Garantie	19
3. Die Haltbarkeitsgarantie	21
IV. Die Herstellergarantie	
1. Zustandekommen des Vertrages unter Verzicht auf den Zugang der Annahmeerklärung gemäß § 151 BGB	22
2. Herstellergarantie und AGBG	28
V. Die Händler- oder Verkäufergarantie	
1. Die bisherigen Ergebnisse der Judikatur	48
2. Der Standpunkt der BGH-Judikatur	51
VI. Besonderheiten im kaufmännischen Verkehr bei Hersteller-, Händler- und Verkäufergarantien	
1. Die bisherige Judikatur	55
2. Die Berücksichtigung von § 9 AGBG	56
VII. Aufwendungsersatz- und Freistellungsansprüche im Rahmen von Herstellergarantien	
1. Verkäufergewährleistung – Herstellergarantie	67
2. Fehlende Verkäufergewährleistung – Herstellergarantie	70
3. Kongruenz der Gewährleistungsfristen	71
4. Differenzierungsmöglichkeiten	73
§ 8. Die Einbeziehung von AGB, insbesondere von Haftungsfreizeichnungsklauseln	
I. Einbeziehung in den Individualvertrag	
1. Im nicht-kaufmännischen Bereich gemäß § 2 AGBG	1
2. Im kaufmännischen Bereich	46
II. Die Verwendung kollidierender AGB	
1. Der Lösungsansatz gemäß §§ 154, 155 BGB	57
2. Eigener Standpunkt	60

Inhaltsverzeichnis

	Rz.
III. Das kaufmännische Bestätigungsschreiben	
1. Allgemeines	67
2. Die tatbestandlichen Voraussetzungen	69
3. Die unverzügliche Widerspruchspflicht des Empfängers	71
4. Grenzen der Widerspruchspflicht	73
5. Erstmalige Einbeziehung von AGB-Klauseln im kaufmännischen Bestätigungsschreiben – Anwendbarkeit der §§ 3, 4 AGBG	74
6. Die Verteilung der Beweislast	78
IV. Die Verwendung von AGB gegenüber Ausländern als Kaufleute	
1. Bei Exportverträgen	79
2. Das Sprachenstatut – die Vertragssprache	89
 § 9. Die Auslegung von Haftungsfreizeichnungs- und Haftungsbegrenzungsklauseln	
I. Der Grundsatz der objektiven Auslegung	2
II. Die Unklarheitenregel gemäß § 5 AGBG	4
III. Auslegungsmaßstäbe bei Haftungsfreizeichnungs- und Haftungsbegrenzungsklauseln	
1. Die am Wortlaut der Klausel ausgerichtete Auslegung	6
2. Unterschiedliche Auslegungskriterien gegenüber Nichtkaufleuten oder Kaufleuten?	10
IV. Das Verbot der geltungserhaltenden Reduktion – Umfang der Unwirksamkeit von AGB-Klauseln	
1. Das Verbot der geltungserhaltenden Reduktion - § 6 Abs. 2 AGBG	15
2. Der Standpunkt der Literatur	17
3. Teilbarkeit einheitlicher AGB-Klauseln	19
4. Personale Teilunwirksamkeit	22
5. Die Verwendung salvatorischer Klauseln bei Haftungsfreizeichnungs- oder Haftungsbegrenzungsklauseln.	23
 § 10. Die Wirksamkeitsgrenzen von Haftungsfreizeichnungs- und Haftungsbegrenzungsklauseln: Individualvertrag – Verwendung von AGB-Klauseln	
I. Individualvertragliche Wirksamkeitsgrenzen	1
II. Die Abgrenzung zwischen Individualvertrag und AGB-Klauseln	
1. Die Voraussetzungen von § 1 Abs. 1 AGBG	6
2. Die Voraussetzungen der Individualabrede gemäß – § 1 Abs. 2 AGB	12
3. Verteilung der Beweislast	21
III. Verbraucherträge gemäß § 24a AGB	
1. Anwendungsbereich	23
2. Drittaklauseln – § 24a Nr. 1 AGBG	27
3. Erstmalige Verwendung von AGB-Klauseln – § 24a Nr. 2 AGBG	29
4. Berücksichtigung der den Vertrag begleitenden Umstände § 24 Nr. 3 AGBG	32
 § 11. Haftungsfreizeichnungs- und Haftungsbegrenzungsklauseln bei Eigenschaftszusicherungen oder Garantien	
I. Der Anwendungsbereich von § 11 Nr. 11 AGBG	
1. Das Vorliegen eines Kauf-, Werk- oder Werklieferungsvertrages	1
2. Bei sonstigen Fällen von Eigenschaftszusicherungen und Garantien	2
II. Der von § 11 Nr. 11 AGBG erfaßte Schadensersatzanspruch wegen Nichterfüllung	4
III. Vorliegen einer Haftungsfreizeichnungs- oder Haftungsbegrenzungsklausel	
1. Allgemeine Erwägungen	5
2. Bei Verwendung einer Schriftformklausel	8

Inhaltsverzeichnis

Rz.

IV. Berücksichtigung des Verbotstatbestandes von § 11 Nr. 11 AGBG im kaufmännischen Bereich (§ 9 Abs. 2 Nr. 1 AGBG)	
1. Der Standpunkt der h. M.	15
2. Der eigene Standpunkt	17
V. Die Wirksamkeitsgrenzen von Haftungsbegrenzungsklauseln	
1. Im Anwendungsbereich von § 11 Nr. 11 AGBG.	20
2. Im kaufmännischen Verkehr	22
VI. Bei Vorliegen einer Garantieerklärung	23

§ 12. Haftungsfreizeichnungs- und Haftungsbegrenzungsklauseln im Anwendungsbereich von § 11 Nr. 7 AGBG

I. Der Verbotstatbestand von § 11 Nr. 7 AGBG	
1. Das Erfordernis einer Vertragsverletzung	1
2. Das Vorliegen von Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit	6
3. Die Vertragsverletzung eines gesetzlichen Vertreters oder Erfüllungsgehilfen	9
4. Unwirksamkeit von Haftungsfreizeichnungs- oder Haftungsbegrenzungsklauseln. .	13
5. Haftung nach dem ProdHaftG.	17
6. Mittelbar wirkende Haftungsfreizeichnungs- oder Haftungsbegrenzungsklauseln .	18
II. Der Verbotstatbestand von § 11 Nr. 7 AGBG im kaufmännischen Verkehr	
1. Der Standpunkt der Judikatur	20
2. Der Standpunkt der Literatur	21
3. Eigener Standpunkt	22
4. Haftungsbegrenzungsklauseln	23
5. Die Verwendung salvatorischer Klauseln	24

§ 13. Haftungsfreizeichnungen im Bereich leichter Fahrlässigkeit

I. Lösungsansätze in Judikatur und Literatur	
1. Die Entwicklung der Rechtsprechung „Kardinalspflicht“ – „wesentliche“ Vertragspflicht – Freizeichnungsverbot	2
2. Der Standpunkt der Literatur	13
II. Stellungnahme	
1. Der dogmatische Ansatz	18
2. Keine Beschränkung auf bestimmte Vertragstypen	21
III. Ansprüche aus der Produkthaftung gemäß § 823 BGB – Wirksamkeit von Haftungsfreizeichnungsklauseln?	
1. Im Fall von Personenschäden	23
2. Im Fall von Sachschäden	35
3. Im Fall von Vermögensschäden	42
IV. Haftungsfreizeichnungsklauseln gegenüber Produktbenutzern – Herstellergarantien	47
V. Wirksamkeit von Haftungsfreizeichnungsgrenzen – Abstellen auf die Ersatzleistung der Betriebshaftpflicht- und Produkthaftpflicht-Versicherung	
1. Im nicht-kaufmännischen Bereich	51
2. Im kaufmännischen Bereich.	54
3. Erfordernis einer subsidiären Eigenhaftung	66

§ 14. Die Wirksamkeit von Haftungsbegrenzungsklauseln im Bereich leichter Fahrlässigkeit

I. Die Judikatur	
1. Der Beginn der Entwicklung	1
2. Die Verfestigung der Entwicklung	2
II. Zusammenfassende Wertung.	5
III. Die Erfordernisse einer „Tarifwahl“	6

Inhaltsverzeichnis

§ 15. Haftungsfreizeichnungsklauseln bei gebrauchten Sachen	Rz.
1. Erscheinungsformen	1
2. Inhaltskontrolle gemäß § 9 AGBG	2
3. Stillschweigender Gewährleistungsausschluß	3
§ 16. Drittewirkung von Haftungsfreizeichnungs- und Haftungsbegrenzungsklauseln	
I. Die bisherige Judikatur	
1. Die Entwicklungslinien	2
2. Die BGH-Entscheidung vom 12. 3. 1985	4
II. Lösungswege für die Praxis	
1. Bei ausdrücklicher Erstreckung der Haftungsfreizeichnungs- oder Haftungsbegrenzungsklausel auf Dritte	5
2. Die stillschweigende Erstreckung von Haftungsfreizeichnungs- oder Haftungsbegrenzungsklauseln auf die Eigenhaftung von Mitarbeitern	11
§ 17. Untersuchungs- und Rügepflichten	
I. Bedeutung der §§ 377, 378 HGB	1
II. Tatbestandselemente des § 377 HGB	
1. Der Begriff des Handelsgeschäfts	2
2. Ablieferung der gekauften Ware	4
3. Mangel – Falschlieferung – Quantitätsmangel	9
4. Die Rügeobliegenheit	26
5. Die Verzögerungsgefahr gemäß § 377 Abs. 4 HGB	49
6. Entbehrlichkeit der Mängelanzeige	50
7. Die Genehmigungsfiktion des § 377 Abs. 2 HGB	55
8. Die Verteilung der Beweislast	59
III. Vertragliche Abänderungen der Untersuchungs- und Rügeobliegenheiten	
1. Die rechtliche Einordnung von Qualitätssicherungsvereinbarungen	60
2. Die Unwirksamkeitskriterien gemäß § 9 AGBG	63
2. Teil. Deliktische Haftung	
§ 18. Die Entwicklung der deliktsrechtlichen Produkthaftung	
§ 19. Grundzüge der deliktsrechtlichen Produkthaftung	
§ 20. Bedeutung der deliktsrechtlichen Produkthaftung	
I. Verhältnis zum Vertragsrecht	
1. Grundsatz: Anspruchskonkurrenz	2
2. Verdrängung des Deliktsrechts bei Schäden am Produkt oder Werk?	3
II. Verhältnis zum Produkthaftungsgesetz	
1. Überlegenheit des deutschen Deliktsrechts	10
2. Beeinflussung des Deliktsrechts durch EG-Richtlinie bzw. Produkthaftungsgesetz?	23
§ 21. Geschützte Rechtsgüter	
I. Leben	1
II. Körper	2
III. Gesundheit	
1. Allgemeines	3
2. Schädigung des Embryos	6
3. Unwirksamkeit von Arznei-, Verhütungsmitteln und medizinischen Hilfsmitteln	7

Inhaltsverzeichnis

	Rz.
IV. Freiheit	9
V. Eigentum	
1. Allgemeines	10
2. Bewußte Selbstverletzung des Geschädigten	
a) Keine Haftung für sinnlose Vermögensdispositionen	14
b) Zur Haftung für Reaktionen auf Produktversagen	16
3. Schäden am fehlerhaften Gesamtprojekt	21
a) Der Produktfehler	22
b) Über den Produktfehler hinausgehende Schäden	23
4. Schäden durch unwirksame Produkte	80
5. Deliktische Haftung für Produktionsschäden	86
a) prinzipielle Bedenken	87
b) Die Haftung in der Praxis	94
VI. Sonstige Rechte	
1. Das allgemeine Persönlichkeitsrecht	114
2. Dingliche Rechte	115
3. Besitz	118
4. Eingerichteter und ausgeübter Gewerbebetrieb	121
5. Kein Vermögensschutz	124

§ 22. Rechtsgutsverletzung

I. Haftungsbegründendes Verhalten	
1. Handlungen und Unterlassungen	1
2. Verkehrspflichtverletzung	4
II. Haftungsbegründende Kausalität	
1. Allgemeines	5
2. Kumulative und alternative Kausalität	7
3. Hypothetische Kausalität	16
III. Zurechnungsprobleme	
1. Schutzzweck der Norm	18
2. Unterbrechung des Kausalzusammenhangs	24
3. Rechtmäßiges Alternativverhalten	28

§ 23. Rechtswidrigkeit

I. Allgemeines	1
II. Verkehrspflicht	
1. Herleitung und Zuordnung	6
2. Ermittlung und Umfang	11

§ 24. Verkehrspflichten im Bereich der Warenherstellung

I. Anknüpfung	1
1. Erwartungshorizont der Verkehrsteilnehmer	3
a) Durchschnittliche Erwartung	4
b) Individuelle Erwartung	13
2. Technische Standards	14
a) Stand der Technik, allgemein anerkannte Regeln der Technik, Stand von Wissenschaft und Technik	15
b) Technische Regelwerke	35
c) Öffentlich-rechtliches Sicherheitsrecht und Verkehrspflicht	43
3. Ökonomische Grenzen des Sicherheitsaufwands	47
a) Relation von Preis und Qualität	48

Inhaltsverzeichnis

	Rz.
b) Betriebswirtschaftliche Zwänge	49
c) Unternehmensgröße	56
II. Typische Pflichtenbereiche	57
1. Konstruktion	59
a) Allgemeines	59
b) Bestimmungsmäßiger und bestimmungswidriger Gebrauch	60
c) Entwicklungsfehler	82
d) Anpassungermessen bei Wandel des Gefahrenbewußtseins	90
e) Typenzulassung und Genehmigung einer Konstruktion	93
f) Abwendung eines Konstruktionsfehlers durch Instruktion	97
g) Einzelpflichten	101
2. Fabrikation	131
a) Allgemeines	131
b) Die Ausreißer-Problematik	132
c) Pflichtenbereiche	135
d) Fehlerquellen	157
e) Mittel der Qualitätskontrolle	158
3. Instruktion	171
a) Allgemeines	171
b) Hinweis- und Warnpflichten bei Inverkehrbringen	176
c) Hinweis- und Warnpflichten nach Inverkehrbringen des Produkts	242
d) Mißachtung der Warnung	256
4. Rückruf	258
a) Allgemeines	258
b) Verkehrspflicht zum Rückruf	260
c) Durchführung des Rückrufs	285
5. Produktbeobachtung	290
a) Allgemeines	290
b) Gegenstand der Beobachtungspflicht	292
c) Beginn der Beobachtungspflicht	293
d) Art und Umfang	294
e) Ende der Beobachtungspflicht	297
6. Betriebliche Organisation	299
a) Allgemeines	299
b) Abgrenzung	300
c) Begrenzung	306
d) Inhalt	308
e) Übertragbarkeit der Organisationspflicht?	323

§ 25. Träger der Verkehrspflichten bei der Warenherstellung

I. Herstellerbegriff	
1. Allgemeines	2
2. Dienstleistung am Produkt	3
3. Abgrenzung zu Handel und Dienstleistung mit dem Produkt	4
4. „Quasi-Hersteller“	12
5. Ausgegliederte Vertriebsgesellschaft des Herstellers	18
6. Haftung für Naturprodukte	19
a) Rohstoffe	20
b) Nahrungs- und Genußmittel	23
c) Wasser	26
d) Energie	27
e) Menschliches Blut, Organe	29
7. Haftung für Nebenprodukte (Industrieabfälle)	34

Inhaltsverzeichnis

	Rz.
II. Haftung bei Arbeitsteilung mehrerer Betriebe	
1. Allgemeines	36
2. Vertikale Arbeitsteilung	39
a) Beschränkung der Herstellerhaftung	39
b) Haftung des Endprodukt-Herstellers	41
c) Haftung des Zulieferers	84
3. Horizontale Arbeitsteilung	109
a) Allgemeines	109
b) Vergabe von Planung bzw. Konstruktion	113
c) Vergabe der Fabrikation	117
d) Vergabe der Instruktion und Beobachtung	123
4. Mischformen der Arbeitsteilung	126
5. Herstellung in Lizenz	128
a) Allgemeines	128
b) Lizenz über Herstellungsrechte	133
c) Lizenz an Know-how	139
d) Lizenz an Warenzeichen	145
6. Haftungsbeschränkung durch Betriebsaufspaltung?	152
a) Unternehmensstrategie	152
b) Deliktsrechtliche Mitverantwortung der Obergesellschaft	153
c) Haftungsdruckgriff im Konzern	160
III. Haftung für Gefahren aus dem Zusammenwirken mehrerer Produkte	
1. Allgemeines	161
2. Mehrere Produkte desselben Herstellers	163
3. Beteiligung mehrerer Endhersteller	165
a) Unverträglichkeit mehrerer selbständiger Produkte	165
b) Produktkombination und Zubehör	171
IV. Verpflichtete Personen	
1. Unternehmensinhaber	208
a) Persönliche Verantwortung	209
b) Haftung für verfassungsmäßig berufene Vertreter (§ 31 BGB)	210
c) Haftung für leitende Mitarbeiter (§ 31 BGB analog)	212
2. Vorstand, Geschäftsführer	215
3. Leitende Angestellte	241
4. Sonstige Mitarbeiter	247
§ 26. Verkehrspflichten des Händlers	
I. Der einfache Händler	
1. Haftung im originären Aufgabenbereich	3
a) Keine Lieferung evident ungeeigneter Produkte	4
b) Beratung über Produkteignung	7
c) Weitergabe von Herstellerhinweisen	13
d) Beachtung von Abgabebeschränkungen des Herstellers	14
e) Keine Abgabe an ungeeignete Personen	15
f) Sachgerechte Lagerung des Produkts	16
g) Beachtung von Haltbarkeitsdaten und Verschleiß	17
2. Haftung für Herstellungsfehler	19
a) Grundsatz: nur Sichtkontrolle	20
b) Erweiterte Haftung	22
II. Vertragshändler des Herstellers	42
III. Ausgegliederte Vertriebsgesellschaft des Herstellers	46
IV. „Quasi-Hersteller“	
1. Allgemeines	47

Inhaltsverzeichnis

	Rz.
2. Irreführung der Verbraucher	48
3. Instruktionspflicht	50
4. Produktbeobachtungspflicht	51
V. Importeur	
1. Allgemeines	55
2. Umfang der Importeurpflichten	57
a) Allgemeine Grundsätze	57
b) Einzelne Pflichten-Bereiche	60
3. Prinzip des freien Warenverkehrs zwischen EU-Ländern	74
a) Der Standpunkt des BGH	77
b) Stellungnahme	78
4. Privilegierte Exportländer	76

§ 27. Verkehrspflichten des Produktbenutzers

I. Allgemeines	
1. Schutzpflichten außerhalb von Produktion und Handel	1
2. Herstellung und Benutzung	3
II. Berufspflichten	
1. Haftung im originären Aufgabenbereich	6
2. Haftung für Herstellungsfehler	12
III. Pflichten bei außerberuflicher Nutzung	16

§ 28. Verschulden

I. Verhältnis zur Verkehrspflichtverletzung	1
II. Selbständiges Haftungserfordernis	4
III. Verschuldensformen	
1. Vorsatz	13
2. Fahrlässigkeit	20
IV. Schuldvermutung	24

§ 29. Schädigung

I. Schaden	2
II. Haftungsausfüllende Kausalität	7
III. Zurechnungsprobleme	
1. Reserveursache	11
2. Unterbrechung des Kausalzusammenhangs	15
3. Rechtmäßiges Alternativverhalten	16
4. Schutzzweck der Norm	17

§ 30. Beweisfragen der Haftung für Pflichtverletzung

I. Allgemeines	1
1. Beweismittel	3
2. Richterliche Überzeugung	5
3. Beweislast und Beweislastumkehr	6
4. Anscheinsbeweis	8
5. Indizienbeweis	10
II. Besonderheiten im Produkthaftprozeß gegen den Hersteller	
1. Einführung	12
2. Leitlinien der Rechtsprechung	20
3. Beweis eines Produktmangels (Sicherheitsdefizits)	21

Inhaltsverzeichnis

	Rz.
4. Zuordnung des Produktmangels zum Verantwortungsbereich des verklagten Herstellers	30
5. Beweis von Verkehrspflichtverletzung und Verschulden	46
a) Allgemeines	46
b) Konstruktions- und Fabrikationsfehler	49
c) Instruktionsfehler	78
d) Produktbeobachtungsfehler	87
6. Beweis der Ursächlichkeit des Produktmangels für die Rechtsgutsverletzung	92
a) Allgemeine Beweisregeln	95
b) Besonderheiten bei Instruktionsfehlern	105
7. Beweis der Schädigung durch Rechtsgutsverletzung	114
III. Der Produkthaftprozeß gegen Arbeiter, Angestellte, Geschäftsführer und Vorstandsmitglieder	
1. Die Beweislast nach der Rechtsprechung	116
2. Kritik an der Rechtsprechung	117
3. Stellungnahme	118
4. Beweisführung	122
IV. Der Produkthaftprozeß gegen Vertriebshändler	123
V. Der Produkthaftprozeß gegen Benutzer	129
VI. Beweissicherung	
1. Beweissicherung für den Geschädigten	138
2. Beweissicherung für den Hersteller	143

§ 31. Allgemeines zur Schutzgesetzaftung

§ 32. Schutzgesetze

I. Gesetzesbegriff	1
II. Schutzgesetzcharakter	
1. Individualschutz	5
2. Schutzzweck	7
III. Wichtige Schutzgesetze im Dienst der Produktsicherheit	11
1. Allgemeines, Arbeitsschutz	12
2. Arzneimittel; Seuchenbekämpfung	13
3. Lebensmittel, Futtermittel, gefährliche Stoffe	14
4. Fahrzeuge, gefährliche Geräte, Anlagen	15

§ 33. Voraussetzungen der Schutzgesetzaftung

I. Verstoß gegen das Schutzgesetz	
1. Verletzung des äußeren Tatbestandes	1
2. Haftungsbegründende Kausalität	2
II. Haftungsausfüllende Kausalität	3
III. Zurechnungsprobleme	5
IV. Verschulden	
1. Gegenstand des Schuldvorwurfs	8
2. Der erforderliche Verschuldensgrad	10
3. Verschuldensformen, Verbotsirrtum	13

§ 34. Beweisfragen der Schutzgesetzaftung

I. Allgemeines	1
II. Beweis der objektiven Voraussetzungen eines Schutzgesetzverstoßes	3

Inhaltsverzeichnis

	Rz.
III. Beweis des Verschuldens	
1. Allgemeine Beweislastumkehr im Produkthaftprozeß	6
2. Anscheinsbeweis, Indizienbeweis	7
IV. Beweis der Kausalität zwischen Schutzgesetzverstoß und Rechtsgutsbeeinträchtigung bzw. Schaden	
1. Beweislast	10
2. Anscheinsbeweis, Indizienbeweis	13
3. Schätzung der Folgen eines Schutzgesetzverstoßes?	16
 § 35. Voraussetzungen der Haftung für sittenwidrige Schädigung	
I. Schädigung	2
II. Sittenwidrigkeit der Schädigung	4
III. Vorsatz des Schädigers	
1. Grundsatz: zumindest Eventualvorsatz	7
2. Haftung schon bei grober Fahrlässigkeit?	12
3. Irrtum über die Sittenwidrigkeit	14
IV. Beschränkung der Haftung durch Schutzzweck	15
 § 36. Beweisfragen der Haftung für sittenwidrige Schädigung	
I. Schädigung durch Verhalten des Beklagten	
1. Produktmangel	2
2. Verursachung des Produktmangels durch den Beklagten	3
II. Vorsätzliches sittenwidriges Verhalten	4
III. Schaden und Schadensursächlichkeit	6
 § 37. Voraussetzungen der Haftung für Verrichtungsgehilfen	
I. Allgemeines	1
II. Verkehrspflichtverletzung eines Verrichtungsgehilfen (§ 831 Abs. 1 BGB)	
1. Verrichtungsgehilfe	3
2. Handeln in Ausführung der Verrichtung	4
3. Rechtswidrigkeit der Schadenszufügung durch Gehilfen	7
4. Schädigung durch Verrichtungsgehilfen	10
III. Beweisfragen	
1. Beweis eines Produktmangels	11
2. Zuordnung des Produktmangels zum Verantwortungsbereich des verklagten Herstellers/Händlers	12
3. Verkehrspflichtverletzung des Verrichtungsgehilfen: Beweislastumkehr	13
IV. Eigenhaftung Leitender Angestellter (§ 831 Abs. 2 BGB)	17
 § 38. Entlastungsbeweis des Unternehmers	
I. Ausschluß des Entlastungsbeweises bei Produkthaftung	3
II. Grundsatz: Entlastung bezüglich des Verrichtungsgehilfen	
1. Ordnungsgemäße Auswahl	7
2. Ordnungsgemäße Beaufsichtigung	8
3. Ordnungsgemäße Sonderaufsicht	9
4. Irrelevanz des vermuteten Verschuldens	11
III. Erleichternde Entlastung bei Einschaltung von Überwachungspersonal	
1. Zulässigkeit des dezentralisierten Entlastungsbeweises?	14
2. Gegenstand des erleichterten Entlastungsbeweises	17

Inhaltsverzeichnis

	Rz.
§ 39. Anspruchsgrundlagen für einen Rückruf	
I. Rückrufanspruch aus §§ 823 Abs. 1, 249 S. 1 BGB	2
II. Rückrufanspruch analog § 1004 Abs. 1 BGB	12
III. Rückrufanspruch aus § 1 UWG	18
IV. Aufwendungsersatz bei Fehlerbeseitigung ohne Auftrag des Herstellers	23
§ 40. Mitverschulden, Obliegenheitsverletzungen des Geschädigten	
I. Mitverschulden des Geschädigten	
1. Allgemeine Grundsätze	3
2. Verantwortlichkeit für Hilfspersonen	7
3. Unsachgemäße Handhabung des schädlichen Produkts	13
II. Verletzung der handelsrechtlichen Untersuchungs- und Rügepflicht	24
III. Annahme der Kaufsache in Kenntnis des Produktmangels	26
§ 41. Verjährung deliktsrechtlicher Ansprüche	
§ 42. Haftung mehrerer Unternehmen	
I. Allgemeines	1
II. Haftung im Außenverhältnis	
1. Gesamtschuldnerische Haftung mehrerer Verpflichteter	3
2. Mittäterschaft	8
3. Anstiftung, Beihilfe	10
4. Nebentäterschaft	11
5. Alternative Täterschaft von Beteiligten	14
a) Verursachungszweifel	14
b) Anteilszweifel	15
c) Voraussetzungen der gemeinsamen Verpflichtung	20
d) Bei Vielzahl von Opfern nur Teilverpflichtung?	43
III. Ausgleich im Innenverhältnis	49
1. Mitwirkung bei Befriedigung, nachträglicher Ausgleich	50
2. Ausgleichsanspruch nach § 426 Abs. 1 S. 1 BGB	52
a) Grundsatz: Bemessung nach Anteil an Schuld bzw. Verursachung	52
b) Ermittlung des Anteils an Schuld bzw. Verursachung	55
c) Besonderheiten bei „Zurechnungseinheit“	71
3. Forderungsübergang nach § 426 Abs. 2 BGB	72
4. Ausgleich nach Leistung an Geschädigten ohne eigene Haftung	73
5. Ausgleich von Aufwendungen für Produktbeobachtungen, Warn- oder Rückrufaktionen	75
6. Verjährung der Ausgleichsansprüche	84
§ 43. Haftung mehrerer Personen desselben Unternehmens	
I. Haftung im Außenverhältnis	
1. Allgemeines	1
2. Beispiele für die Verantwortlichkeit mehrerer	3
II. Ausgleich im Innenverhältnis	
1. Mitwirkung bei Befriedigung, nachträglicher Ausgleich	7
2. Ausgleichsanspruch nach § 426 Abs. 1 S. 1 BGB	8
3. Sonstige Ausgleichsansprüche	11
4. Verjährung der Ausgleichsansprüche	12

Inhaltsverzeichnis

3. Teil. Qualitätssicherung

§ 44. QS-Vereinbarungen und Risikoverteilung

Rz.

I. Wirtschaftlicher Hintergrund von QS-Vereinbarungen und Abgrenzung zum eigentlichen Liefergeschäft	
1. Wirtschaftlicher Hintergrund	3
2. Abgrenzung der QS-Vereinbarung zum eigentlichen Liefergeschäft	6
3. Differenziertes Gewährleistungssystem	18
II. Auswirkungen von QS-Vereinbarungen auf das gesetzliche Haftungsgefüge zwischen Zulieferer – Abnehmer – Endverbraucher	
1. Auslöser für Risikoverschiebungen	27
2. Grundsätze und Grenzen der parteidispositiven Risikoverschiebung	31

§ 45. Die Risikoverteilung in praxisnahen Schwerpunktbereichen

I. Verpflichtung zur Einrichtung und Unterhaltung eines QM-Systems	
1. Funktionsbeschreibung	1
2. Haftungsverteilung im vertraglichen Bereich	6
3. Haftungsverteilung im deliktischen Bereich	26
II. Reduzierung der Wareneingangskontrolle	
1. Funktionsbeschreibung	48
2. Haftungsverteilung im vertraglichen Bereich	55
3. Haftungsverteilung im deliktischen Bereich	66
III. Annex: Kurzkommentierung der Konditionenempfehlung des ZVEI e. V.	
1. Rechtsnatur	104
2. Rubrum	108
3. Geltungsbereich	110
4. Qualitätssicherung	123
5. Nachweis- und Informationspflichten des Lieferers	133
6. Eingangsprüfungen durch den Besteller	147
7. Vertraulichkeit	154
8. Qualitätssicherungsbeauftragter	157
9. Dauer der Vereinbarung	159

4. Teil. Strafrechtliche Produktverantwortung

§ 46. Grundlagen der strafrechtlichen Haftung

I. Die derzeitige Situation in der Rechtsprechung	1
II. Strafrechtliche Produktverantwortung als persönliche Haftung	10
III. Grundlagen der Unternehmensverantwortung	12
IV. Keine Versicherbarkeit der strafrechtlichen Verantwortung	17
V. Strafrechtliche Produktverantwortlichkeit als „Einstehen müssen“ für in rechtswidriger und schuldhafter Weise herbeigeführte Schäden	21

§ 47. Materielle Voraussetzungen der strafrechtlichen Verantwortung für fehlerhafte Produkte

I. Problembefund	1
II. Tatbestandsmäßiges Verhalten durch aktives Tun oder Unterlassen	4
III. Unechtes Unterlassen – zur Begründung von Garantenpflichten im Bereich der strafrechtlichen Produkthaftung	6

Inhaltsverzeichnis

	Rz.
1. Die Garantenpflicht aus vorangegangenem, gefahrschaffendem Tun	9
2. Die Pflichtkraftübernahme/die Pflichtenstellung des Übertragenden	17
3. Die gebotenen Maßnahmen im Rahmen der Erfolgsabwendungspflicht; zur Zumutbarkeit des Tätigwerdens; Parameter der Interessenabwägung	20
IV. Zur Pflichtwidrigkeit des Verhaltens	31
1. Die Begründung einer Fahrlässigkeit in der bisherigen Rechtsprechung	33
2. Der dogmatische Ansatzpunkt für die Festlegung des Sorgfaltsmaßstabes	35
V. Kausalität des Verhaltens und Erfolgszurechung	46
1. Zur Schadensursächlichkeit des Produkts	47
2. Zum kausalen Verhalten mehrerer Personen	54
3. Kumulative und alternative Kausalität	55
4. Zur Kausalität des Unterlassens	56
5. Kausalität und objektive Zurechnung des eingetretenen Erfolges	60
VI. Zur Frage des Verschuldens	68
1. Die Schuldproblematik bei Vorsatzdelikten	68
2. Das Schuldelement der Fahrlässigkeit	69
3. Individuelle Sorgfaltspflichtsverletzung	71
4. Unzumutbarkeit pflichtgemäßem Verhaltens	72
VII. Irrtumsfälle	75
VIII. Verjährung	80

§ 48. Einzelfragen

I. Verkehrssicherungspflichten im arbeitsteiligen Unternehmen	1
1. Notwendigkeit der Ausgestaltung von Verantwortungsbereichen	7
2. Die inhaltliche Strukturierung von Verantwortungsbereichen	13
II. Strafrechtliche Haftung bei nicht mehr bestimmungsgemäßer Verwendung des Produkts durch den Benutzer	32
1. Konstruktionsmängel	32
2. Fehlende Produkthinweise	33
3. Struktur der Verantwortlichkeit	48
III. Strafrechtliche Verantwortlichkeit dritter Personen neben dem Hersteller	49
1. Strafrechtliche Haftung des Zulieferers	50
2. Verlängerte Werkbank	52
3. Verantwortlichkeit des Händlers	53
IV. Die abfallstrafrechtliche Haftung des Produzenten	60

§ 49. Praktische Verhaltensregeln bei strafrechtlichen Ermittlungsmaßnahmen im Unternehmen

5. Teil. Produkthaftpflicht-Versicherung

§ 50 Vertragsgegenstand – Beschreibung des versicherten Risikos – Deckungssummen

I. Betriebshaftpflichtrisiko – Produkt-Haftpflichtrisiko	1
1. Allgemeines	1
2. Die Beschreibung der Produkthaftpflicht	2
3. Hergestellte oder gelieferte Erzeugnisse	3
4. Arbeiten und sonstige Leistungen	12
5. Deckungsschutz nach den AHB und dem Produkthaftpflicht-Modell	20
II. Versicherung der gesetzlichen Haftpflicht für Personen- und Sachschäden	35
1. Die gesetzliche Haftpflicht	36

Inhaltsverzeichnis

	Rz.
2. Anspruchskonkurrenz	39
3. Erweiterung der gesetzlichen Haftung durch Vertrag	40
4. Personenschäden	45
5. Sachschäden	46
6. Konsequenzen für den Deckungsschutz	49
III. Mitversicherung der persönlichen Haftpflicht	57
1. Haftung für Eigenverschulden	58
2. Der Begriff „gesetzlicher Vertreter – Betriebsangehöriger“	60
3. Arbeitsunfälle	62
IV. Versichertes Risiko	63
1. Betriebsbeschreibung	63
2. Das Risiko des Generalunternehmers	66
V. Deckungssumme	79
1. Bei Personenschäden	80
2. Bei Sachschäden	81
3. Aufklärungs- und Beratungspflicht des Versicherers	83

§ 51. Abgrenzung und Erweiterung des Versicherungsschutzes

I. Bedeutung der Präambel	1
1. Allgemeines	1
2. Die teilweise Abänderung von § 1, § 4 I Ziff. 1 und Ziff. 6 Abs. 3 AHB	3
3. Herstellung oder Lieferung mangelhafter Erzeugnisse oder Leistungen	15
4. Schadensersatzansprüche wegen Falschlieferung	21
II. Der Deckungstatbestand gemäß Ziff. 4.1 PHB	26
1. Eigenschaftszusicherungen: Interpretation – Intention der Verfasser	27
2. Eigenschaftszusicherungen: „teilweise“ Abänderung von § 4 I Ziff. 6 Abs. 3 AHB	30
3. Sachschäden – Vermögensschäden	32
4. Eigenschaftszusicherungen – Personenschäden	33
5. Eigenschaftszusicherungen – Ziff. 4.2ff. PHB	35
6. Weitere Schäden im Sinn von Ziff. 4.1 PHB	40

§ 52. Verbindung, Vermischung, Verarbeitung gemäß Ziff. 4.2. PHB

I. Verbindung, Vermischung und Verarbeitung der gelieferten Erzeugnisse	1
1. Die haftungsrechtliche Dimension	1
2. Der Schaden des Dritten	5
3. Konkurrenz zu Ziff. 4.1 PHB	8
4. Gelieferte Erzeugnisse	10
5. Verbindung, Vermischung oder Verarbeitung	12
6. Mängelhaftigkeit von Sachen	14
II. Beschädigung oder Vernichtung der anderen Produkte gemäß Ziff. 4.2.1 PHB	15
1. Haftungsrechtliche Voraussetzungen	15
2. Umfang der AHB-Deckung	16
3. Die anderen Produkte	21
III. Die Kosten für die Herstellung des Endprodukts gemäß Ziff. 4.2 PHB	24
1. Haftungsrechtliche Voraussetzung	25
2. Der Begriff der aufgewandten Kosten	26
3. Abgrenzung zu Ziff. 4.2.1 PHB	27
4. Kosten – kein Gewinn	28
5. Das Endprodukt	30
6. Kostenerhöhungen ohne Mängelhaftigkeit	31
7. Ausgenommene Kosten: Das Entgelt für das mängelhafte Erzeugnis	33

Inhaltsverzeichnis

	Rz.
IV. Aufwendungen wegen rechtlich und wirtschaftlich notwendiger Nachbesserungen des Endprodukts gemäß Ziff. 4.2.3 PHB	34
1. Haftungsrechtliche Voraussetzungen	35
2. Der Begriff der notwendigen Nachbesserung	37
3. Vermögensschaden – Schadensbeseitigungsmaßnahmen	41
4. Schlußfolgerung	46
5. Umfang der Ersatzleistung des Versicherers	47
V. Weiterer Vermögensnachteil – Unveräußerlichkeit des Endprodukts gemäß Ziff. 4.2.5 PHB	48
1. Haftungsrechtliche Voraussetzung	49
2. Eingeschränkte Veräußerlichkeit des Endprodukts	50
3. Weiterer Vermögensnachteil	54
4. Fehlgeschlagene Kosten als Vermögensnachteil	63
5. Immobilien	65
6. Berücksichtigung des Erfüllungsbereichs	66
VI. Produktionsausfall gemäß Ziff. 4.2.5 PHB	67
1. Haftungsrechtliche Voraussetzungen	68
2. Produktionsausfall als Folge eines Verbindungs-, Vermischungs- oder Verarbeitungstatbestandes	69
3. Unmittelbar entstehende Kosten	75
4. Abnehmer des VN	77

§ 53. Weiterverarbeitung – Weiterbearbeitung eines mangelhaften Erzeugnisses ohne Vermischung, Verbindung oder Verarbeitung

I. Haftungsrechtliche Voraussetzungen	1
II. Weiterverarbeitung – Weiterbearbeitung eines mangelhaften Erzeugnisses	3
1. Weiterverarbeitung	3
2. Weiterbearbeitung	4
3. Unerheblichkeit der Differenzierung	5
4. Mangelhaftes Erzeugnis	7
5. Subunternehmer	10
6. Kosten Dritter	11
III. Preisnachlaß	15
1. Das Endprodukt	15
2. Weitere Unklarheiten	17

§ 54. Beseitigung, Ausbau, Abnahme, Freilegung mangelhafter Erzeugnisse

I. Haftungsrechtliche Voraussetzungen	1
1. Deliktsrechtliche Haftung	1
2. Vertragsrechtliche Haftung	5
3. Schadensminderung	15
II. Abgrenzungsprobleme	16
1. Die Sachschadendeckung	17
2. Konkurrenz zu Verbindungs-, Vermischungs- und Verarbeitungstatbeständen	20
III. Aufwendungen Dritter	21
1. Konkurrenz zum Wandelungsanspruch	21
2. Konkurrenz zum Nachbesserungsanspruch	22
3. Konkurrenz zum Ersatzlieferungsanspruch	23
IV. Beseitigung – Ausbau – Abnahme oder Freilegung mangelhafter Erzeugnisse	24
1. Beseitigung	25
2. Ausbau	28

Inhaltsverzeichnis

	Rz.
3. Freilegen	34
4. Abnehmen	38
5. Das mangelhafte Erzeugnis	40
6. Einbau, Anbringen, Verlegen mangelfreier Erzeugnisse	41
7. „Kostengünstigere“ Ersatzmaßnahmen des VN	46
8. Umfang der gedeckten „Aufwendungen“	51
9. Überprüfungs- und Sortierkosten	54
V. Nicht gedeckte Bereiche	57
1. Kosten der Nachlieferung	58
2. Transportkosten	61
3. Selbsteinbau/Selbstmontage	63
 § 55. Maschinenklausel	
I. Haftungsrechtliche Voraussetzungen	1
1. Deliktsrechtliche Haftung	2
2. Vertragsrechtliche Haftung	5
II. Lieferung – Montage – Wartung	8
III. Mängelhaftigkeit der Maschine – Mängelhaftigkeit von Sachen	11
1. Die Mängelhaftigkeit der Maschine	12
2. Mängelhaftigkeit der gelieferten, montierten oder gewarteten Maschine	15
3. Herstellung, Bearbeitung oder Verarbeitung von Sachen	16
4. Mängelhaftigkeit der Sache – durch die Maschine hergestellt, bearbeitet oder verarbeitet	20
5. Schäden Dritter	21
IV. Beschädigung – Vernichtung der hergestellten, bearbeiteten oder verarbeiteten Erzeugnisse	22
1. Haftungsrechtliche Voraussetzung	23
2. Das hergestellte, bearbeitete oder verarbeitete Erzeugnis	24
3. Hilfserwähnungen: Rohmaterial ist gleich Erzeugnis	27
4. Beschädigung – Vernichtung	29
V. Herstellung, Bearbeitung, Verarbeitung von Erzeugnissen – umsonst aufgewendete Kosten	31
1. Haftungsrechtliche Voraussetzung	32
2. Mängelhafte Maschine – Erzeugnis	33
VI. Nachbesserungskosten – Schadensbeseitigungskosten	36
1. Haftungsrechtliche Voraussetzung	37
2. Nachbesserung	38
VII. Weiterer Vermögensnachteil – Unveräußerlichkeit – Preisnachlaß gemäß Ziff. 4.5.4 PHB	46
1. Haftungsrechtliche Voraussetzung	47
2. Weiterer Vermögensnachteil	48
3. Unveräußerlichkeit – Preisnachlaß	50
VIII. Produktionsausfallkosten gemäß Ziff. 4.5.5 PHB	54
1. Haftungsrechtliche Voraussetzung	55
2. Produktionsausfallkosten	56
 § 56. Auslandsdeckung	
1. Kollisionsrechtliche Erwägungen	2
2. Deckungskonzept	4

Inhaltsverzeichnis

	Rz.
§ 57. Nicht versicherte Tatbestände	
I. Ansprüche auf Wandelung, Minderung, Nachbesserung, Neu- (Ersatz-) Lieferung	1
1. Anspruch auf Wandelung	1
2. Minderung	3
3. Mängelbeseitigung	6
II. Ansprüche aus Verzug	9
1. Klarstellung	9
2. Korrektur des Ergebnisses?	12
III. Ansprüche wegen Nichterfüllung	14
1. Mangelfolgeschäden – Deckung gemäß Ziff. 4 PHB	15
2. Mangelfolgeschaden – Mangelschaden	18
IV. Ansprüche aus der Gefahrtragung	19
V. Ansprüche wegen Aufwendungen – vergebliche Investitionen	20
1. Haftungsrechtliche Dimension	21
2. Einschränkung gegenüber der konventionellen Deckung gem. § 1 AHB	25
3. Bei Eigenschaftszusicherung	26
4. Konkurrenz zu Ziff. 4.2.4. PHB und Ziff. 4.5.4. PHB	28
§ 58. Weitere Ausschlußtatbestände	
I. Ausschluß von Folgeschäden gemäß Ziff. 4.2 bis Ziff. 4.5 PHB	1
1. Begrenzung auf die Deckung gemäß Ziff. 4.2 bis 4.5 PHB	2
2. Innerhalb der Deckung gemäß Ziff. 4.2 bis 4.5 PHB	3
3. Terminologisches	6
4. Im Anwendungsbereich von Ziff. 4.4 PHB	9
5. Vorbehalt von Ziff. 4.2.5 und Ziff. 4.5.5 PHB	10
II. Ansprüche aus selbständigen Garantiezusagen gemäß Ziff. 6.2 PHB	11
1. Selbständige Garantiezusage	11
2. Abgrenzung zur unselbständigen Garantie	14
3. Praktische Konsequenzen	16
4. Anspruchskonkurrenz	18
III. Ansprüche wegen Rechtsmängeln gemäß Ziff. 6.3 PHB	19
IV. Ziff. 6.4 PHB – Schäden gemäß § 4 II Ziff. 5 AHB	25
1. Reichweite des Ausschlußtatbestandes	27
2. Die Gabelstapler-Entscheidung	32
3. Weiterfressende Schäden	37
V. Ziff. 6.5 PHB – Vorsatzklausel	42
1. Anwendbarkeit neben § 4 II Ziff. 1 AHB	43
2. Vorsätzliches Abweichen	45
3. Gesetzliche oder behördliche Vorschriften – schriftliche Anweisungen oder Bedingungen des Auftraggebers	49
4. Versicherungsnehmer oder Mitversicherter	51
§ 59. Experimentierklausel	
I. Zweck der Regelung	1
II. Erhebliche Einengung gegenüber der konventionellen AHB-Deckung	2
III. Eingeschlossene – ausgeschlossene Schäden	3
1. Sachschaden – Funktionszusammenhang	4
2. Bestimmungsgemäße Einwirkung	7
3. Vermögensschäden	8
IV. Konkreter Verwendungszweck – anerkannte Regeln der Technik oder Wissenschaft . .	13
1. Die anerkannten Regeln der Technik oder Wissenschaft	14

Inhaltsverzeichnis

	Rz.
2. Der Stand von Wissenschaft und Technik	19
3. Darlegungs- und Beweislast	20
 § 60. Luftfahrzeug-Produkthaftpflicht	
I. Grundsätzliche Erwägungen	1
II. Der Umfang des Ausschlußtatbestandes	3
1. Von Ziff. 6.4 lit.a PHB	3
2. Von Ziff. 6.7 lit.b PHB	5
 § 61. Zeitliche Begrenzung	
I. Der Begriff des Schadensereignisses	1
1. Das Schadensereignis gemäß § 1 AHB	2
2. Schlußfolgerungen	7
II. Die Theorie des Schadensereignisses – Deckungstatbestände gemäß Ziff. 4 PHB	11
1. Die Präambel von Ziff. 4 PHB	12
2. Der Deckungstatbestand von Ziff. 4.1 PHB	18
3. Der Deckungstatbestand von Ziff. 4.2 PHB	21
III. Dauer des Versicherungsvertrages	37
IV. Sonstige Anzeigepflichten	38
V. Die Drei-Jahres-Frist	42
VI. Vor Inkrafttreten des Versicherungsvertrages ausgelieferte Erzeugnisse	44
 § 62. Serienschadenklausel – Maximierung – Selbstbehalt	
I. Alternative Regelungen	1
1. Das fehlende Kündigungsrecht des Versicherers	2
2. Tarifwahl – besondere Beratungspflicht des Versicherers	4
II. Schadensereignis – gleiche Ursache	6
1. Gleiche Ursache – Kausalereignis	7
2. Mangelhafte Lieferung von Erzeugnissen	14
3. Arbeiten, Leistungen	16
4. Kontraktionswirkung	17
5. Auswirkungen gemäß §§ 62, 63 VVG	18
III. Ersatzloses Streichen der AHB-Serienschadenklausel	20
IV. Alternative Serienschadenklausel	22
V. Maximierung	27
VI. Selbstbeteiligung	28
Sachregister	<i>Seite 945</i>

Inhaltsübersicht

	Seite
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXIX
Literaturverzeichnis	XXXV

1. Teil. Vertragliche Haftung (*Graf von Westphalen*)

§ 1. Der Fehler – Der Mangel	1
§ 2. Die Haftung für Eigenschaftszusicherung beim Kauf- und Werkvertrag	16
§ 3. Die Gewährleistungsansprüche	50
§ 4. Ansprüche wegen Schlechtlieferung – positive Vertragsverletzung – Mangelfolgeschaden – Verschulden bei Vertragsabschluß – Beratungsvertrag	65
§ 5. Die Anspruchsverjährung	93
§ 6. Arglistiges Verschweigen und arglistiges Vorspiegeln von Eigenschaften gemäß § 463 Satz 2 BGB	103
§ 7. Die Haftung aufgrund einer Garantie	105
§ 8. Die Einbeziehung von AGB, insbesondere von Haftungsfreizeichnungsklauseln	134
§ 9. Die Auslegung von Haftungsfreizeichnungs- und Haftungsbegrenzungsklauseln	170
§ 10. Die Wirksamkeitsgrenzen von Haftungsfreizeichnungs- und Haftungsbegrenzungsklauseln: Individualvertrag – Verwendung von AGB-Klauseln	183
§ 11. Haftungsfreizeichnungs- und Haftungsbegrenzungsklauseln bei Eigenschaftszusicherungen oder Garantien	197
§ 12. Haftungsfreizeichnungs- und Haftungsbegrenzungsklauseln im Anwendungsbereich von § 11 Nr. 7 AGBG	207
§ 13. Haftungsfreizeichnungen im Bereich leichter Fahrlässigkeit	216
§ 14. Die Wirksamkeit von Haftungsbegrenzungsklauseln im Bereich leichter Fahrlässigkeit	243
§ 15. Haftungsfreizeichnungsklauseln bei gebrauchten Sachen	246
§ 16. Drittewirkung von Haftungsfreizeichnungs- und Haftungsbegrenzungsklauseln	247
§ 17. Untersuchungs- und Rügepflichten	254

2. Teil. Deliktische Haftung (*Foerste*)

A. Einführung

§ 18. Die Entwicklung der deliktsrechtlichen Produkthaftung	279
§ 19. Grundzüge der deliktsrechtlichen Produkthaftung	283
§ 20. Bedeutung der deliktsrechtlichen Produkthaftung	284

B. Haftung nach § 823 Abs. 1 BGB

§ 21. Geschützte Rechtsgüter	289
§ 22. Rechtsgutverletzung	325
§ 23. Rechtswidrigkeit	332
§ 24. Verkehrspflichten im Bereich der Warenherstellung	338
§ 25. Träger der Verkehrspflichten bei der Warenherstellung	438
§ 26. Verkehrspflichten des Händlers	512
§ 27. Verkehrspflichten des Produktbenutzer	535
§ 28. Verschulden	543
§ 29. Schädigung	548
§ 30. Beweisfragen der Haftung für Pflichtverletzung	552

C. Haftung nach § 823 Abs. 2 BGB

§ 31. Allgemeines zur Schutzgesetshaftung	596
§ 32. Schutzgesetze	597

Inhaltsübersicht

	Seite
§ 33. Voraussetzungen der Schutzgesetshaftung	607
§ 34. Beweisfragen der Schutzgesetshaftung	611
D. Haftung nach § 826 BGB	
§ 35. Voraussetzungen der Haftung für sittenwidrige Schädigung	617
§ 36. Beweisfragen der Haftung für sittenwidrige Schädigung	621
E. Haftung nach § 831 BGB	
§ 37. Voraussetzungen der Haftung für Verrichtungsgehilfen.	624
§ 38. Entlastungsbeweis des Unternehmers	629
F. Rückrufanspruch	
§ 39. Anspruchsgrundlagen für einen Rückruf	634
G. Einwendungen und Einreden der Hersteller	
§ 40. Mitverschulden, Obliegenheitsverletzungen des Geschädigten	642
§ 41. Verjährung deliktsrechtlicher Ansprüche	649
§ 42. Haftung mehrerer Unternehmen	651
§ 43. Haftung mehrerer Personen desselben Unternehmens	670
 3. Teil: Qualitätssicherung (Merz)	
§ 44. QS-Vereinbarungen und Risikoverteilung	675
§ 45. Die Risikoverteilung in praxisnahen Schwerpunktbereichen	703
 4. Teil. Strafrechtliche Produktverantwortung (Goll/Winkelbauer)	
§ 46. Grundlagen der strafrechtlichen Haftung	749
§ 47. Materielle Voraussetzungen der strafrechtlichen Verantwortung für fehlerhafte Produkte	757
§ 48. Einzelfragen	787
§ 49. Praktische Verhaltensregeln bei strafrechtlichen Ermittlungsmaßnahmen im Unternehmen	787
 5. Teil. Produkthaftpflicht-Versicherung (Graf von Westphalen)	
§ 50. Vertragsgegenstand – Beschreibung des versicherten Risikos – Deckungssummen	813
§ 51. Abgrenzung und Erweiterung des Versicherungsschutzes	832
§ 52. Verbindung, Vermischung, Verarbeitung gemäß Ziff. 4.2. PHB	842
§ 53. Weiterverarbeitung – Weiterbearbeitung eines mangelhaften Erzeugnisses ohne Verbindung, Verbindung oder Verarbeitung	862
§ 54. Beseitigung, Ausbau, Abnahme, Freilegung mangelhafter Erzeugnisse	868
§ 55. Maschinenklausel	885
§ 56. Auslandsdeckung	899
§ 57. Nicht versicherte Tatbestände	901
§ 58. Weitere Ausschlußtatbestände	908
§ 59. Experimentierklausel	920
§ 60. Luftfahrzeug-Produkthaftpflicht	925
§ 61. Zeitliche Begrenzung	927
§ 62. Serienschadenklausel – Maximierung – Selbstbehalt	937
 Sachregister	 945